

PRESSEMITTEILUNG

28. März 2023

**Kein Rückschritt bei der Reform der Verwaltung  
Gemeinsamer Aufruf**

Beim morgigen Treffen der Dachgruppe von CDU und SPD im Rahmen der Koalitionsverhandlungen stehen u.a. die dem Vernehmen nach noch strittigen Positionen zur Verwaltungsreform auf der Tagesordnung. Aus diesem Grund appellieren die IHK Berlin, die Stiftung Zukunft Berlin, der Verein Berliner Kaufleute und Industrieller (VBKI) und der Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin-Brandenburg (AIV) an die Verhandlungspartner, zu ihrer im Sondierungspapier gegebene Zusicherung zu stehen, unverzügliche und unumkehrbare Weichen für eine grundlegende Reform der Berliner Verwaltung zu stellen. Das bereits vom Vorgängerssenat beschlossene Eckpunktepapier muss nach Ansicht des Bündnisses aus Wirtschaft und Zivilgesellschaft Basis für die nächsten Schritte sein. Wolle der künftige Senat seine Arbeit nicht mit einem Fehlstart beginnen, dürfen zentrale Punkte der Verwaltungsreform nicht aufgeweicht werden.

---

**Dr. Dr. h.c. Markus Dröge, Stiftung Zukunft Berlin, Sprecher des Vorstands:** „Wir sind sehr besorgt, dass der bereits ausgehandelte Reformpfad jetzt wieder in Frage gestellt werden könnte. Das wäre fatal für die Stadt, denn es würde zumindest viel Zeit kosten, womöglich aber auch die Wirkungskraft der Verwaltungsreform beschädigen. Es ist jetzt die Zeit zum konsequenten Handeln. Ich appelliere deshalb an die Verhandlungsparteien, die im scheidenden Senat schon beschlossenen Reformeckpunkt nicht neu in Frage zu stellen, sondern umgehend umzusetzen.“

**Sebastian Stietzel, Präsident IHK Berlin:** „Alle Parteien haben vor der Wiederholungswahl versprochen, eine Verwaltungsreform in dieser Legislaturperiode umzusetzen. Die Verhandlungsgruppen dürfen jetzt nicht wortbrüchig werden. Eine funktionierende Verwaltung mit klar definierten Zuständigkeiten ist das dringend notwendige Fundament für die großen Aufgaben unserer Zeit und unserer Stadt.“

**Markus Voigt, Präsident VBKI:** „Die Verwaltungsreform muss im Zentrum der politischen Agenda des neuen Regierungsbündnisses stehen. Wir rufen die Verhandlungspartner dazu auf, ihre Wahlversprechen umzusetzen und ausgehend vom vorliegenden Eckpunktepapier die Weichen für eine moderne und effiziente Stadtverwaltung zu stellen. Sie ist der Schlüssel für ein funktionierendes, prosperierendes und soziales Berlin von morgen.“

**Tobias Nöfer, Vorstandsvorsitzender Architekten- und Ingenieurverein zu Berlin-Brandenburg (AIV):** „Alle städtebaulichen Ziele, die wir uns für unsere Stadt vorgenommen haben, können nur erreicht werden mit einer grundlegenden Verwaltungsreform. Sie ist die Grundlage für eine gute Zukunft unserer Metropole! Die Verwaltungsreform der letzten und auch einer neuen Regierung darf nicht im Kleinklein zerredet werden. Läuft sie nun endlich, hat sie den Rückhalt der gesamten Gesellschaft.“

Klingelhöferstraße 7  
10785 Berlin

Pressekontakt  
Patrick Pehl  
Tel. +49 30 26 39 229-29  
pehl@stiftungzukunftberlin.eu

**Stifter**  
Dieter Rosenkranz (†)  
Klaus Groth

**Stiftungsrat**  
Henry Bren d'Amour  
Jutta Croll  
Andreas Gebhard (Vorsitzender)  
Martina Münch (stellv. Vorsitzende)  
Andrea Peters  
Sabine Toepfer

**Vorstand**  
Carolin Behr (Sprecherin)  
Markus Dröge (Sprecher)  
Isabella Herrmann  
Christophe Knoch  
Karin Kohler  
Richard Meng  
Yolanda Rother

**Geschäftsführung**  
Beate Stoffers

Diese Presseinformation finden Sie auch im Pressebereich auf [www.stiftungzukunftberlin.eu](http://www.stiftungzukunftberlin.eu). Bei Verwendung des angehängten Bildmaterials bitten wir um Beachtung des jeweiligen Copyrights im Dateinamen. Wenn Sie zukünftig keine Presseinformationen mehr von uns erhalten möchten, klicken Sie bitte hier: [Ich möchte mich aus dem Presseverteiler abmelden](#). Unsere Erklärung zum Datenschutz finden Sie [hier](#).

Die Stiftung Zukunft Berlin ist Ort des Austauschs und Nachdenkens über Zukunftslösungen: antreibende Kraft, ausgleichendes Forum und engagierte Impulsgeberin zugleich. Hier können sich Engagierte einbringen. Aus der Zivilgesellschaft heraus werden Vorschläge entwickelt und dann in einem Dialog auf Augenhöhe mit den politisch Verantwortlichen vorangetrieben. Die Stiftung Zukunft Berlin bündelt breites bürgerschaftliches Engagement und gibt ihm eine Stimme.